

Zu den Auswirkungen der Adenauer-Rezeption
in der DDR auf die junge Generation

Verblassendes Feindbild

Sebastian Kolditz

Es ist nicht leicht für einen Ostdeutschen der jüngeren Generation, der letzten, die noch wesentliche Zeitabschnitte ihres Lebens im „real existierenden“ Sozialismus der DDR verbracht hat, über sein Verhältnis zu Konrad Adenauer zu schreiben. Die Gründe dafür sind nicht in Ressentiments oder ideo-logischen Belastungen zu suchen. Es macht sich vielmehr die einfache Tatsache be-merkbar, dass es zu diesem Thema auf den ersten Blick kaum etwas zu sagen gibt. Be-ginnen wir bei den Anfängen: Meine Mutter hat mich mehrfach wissen lassen, dass es für sie eine gewisse Erleichterung bedeutet habe, dass ich noch in den Abendstunden des 2. Januar 1976 geboren wordensei. Zwar wäre der 3. Januar als Geburtstag meiner Ur-großmutter ein „rundes Datum“ gewesen, je-doch ein überschattetes. Partei- und Staats-führung sowie die „revolutionäre Arbeiter-klasse“ der DDR feierten den 100. Geburts-tag des ersten und einzigen Präsidenten die-ses Staates, Wilhelm Pieck – Anlass genug für meine Mutter, ungebettete Glückwün-sche von offizieller Seite zu befürchten. Dies trat freilich nicht ein, gleichwohl verfolgte das Honecker-Regime die feierliche Insze-nierung des Gedenktages mit Nachdruck. Es galt Pieck nicht nur als kommunistischen Parteiführer und „Inspirator des antifaschis-tischen Kampfes“ ins rechte Licht zu rücken,

sondern insbesondere als den „Staatsmann neuer Art“, den Vertrauten der Werktätigen, die Inkarnation eines sozialistischen Tu-gendkataloges von Bescheidenheit über Gerechtigkeitssinn bis zur schlchten Herzlichkeit. Pieck spielte für die SED die Rolle einer fortwirkenden Integrationsfigur, und er verkörperte den Gründungsmythos der DDR, besonders nach Ulbrichts Sturz. Dass sich nur zwei Tage nach diesem 3. Ja-nuar 1976 der Geburtstag eines anderen Gründervaters der jüngsten deutschen Ge-schichte zum 100. Male jährte, erfuhren die Bürger der DDR erwartungsgemäß aus ihren Medien nicht: Konrad Adenauer sollte noch lange Zeit eine Unperson für den Osten Deutschlands bleiben, für die man nicht einmal ein polemisches Gedächtnis bewahrte. Selbstverständlich ist dies jedoch keinesfalls, da in den fünfziger Jahren Pro-pagandisten im Stile eines Karl Raddatz aus dem Programm der Adenauer-Regierung Faschismus und Krieg herauslesen wollten und bei den Bonner politischen Eliten eine „faschistische Durchsetzung“ zu erkennen glaubten. So primitiv diese Propaganda auch war, ihre Wirkung verfehlte sie doch nicht gänzlich. Die Gefahr, die von einem „Kriegstreiber“ Adenauer zu befürchten wäre, stand manchen Angehörigen einer Generation, die in Trümmern aufgewach-

sen war, nur zu deutlich vor Augen, und die Assoziation von „Krieg“ und „Faschismus“ bedurfte keiner ideologischen Nachhilfen. Der Appell an die untergründige Angst konnte somit langfristige Folgen zeigen, eine existenzielle negative Vorprägung des Adenauer-Bildes entfalten und auch die Bundesrepublik selbst partiell diskreditieren – unabhängig von durchaus sehr kritischen Haltungen der Menschen zur DDR. So habe auch ich noch oft zu Hause eine stark ablehnende Meinung erfahren, sobald das Gespräch auf Adenauer kam. Mein Vater, aufgewachsen in einem thüringischen Pfarrhaus und daher stärker abgeschirmt gegenüber der offiziellen Propaganda beziehungsweise von einem grundsätzlichen Misstrauen ihr gegenüber geprägt, hat diese Sicht nicht grundlegend verändert. Die positive Orientierung auf die Bundesrepublik machte sich durchaus bemerkbar, doch spielte der erste Kanzler in dem Zusammenhang nie eine entscheidende Rolle: Adenauer hatte auf die Magnetwirkung des Westens auf den Osten gesetzt, die von ihm selbst doch vielleicht am wenigsten ausging. Ereignisse und Personen, über die jenseits des offiziellen Geschichtsbildes hingen mit großer Anteilnahme gesprochen wurde, gehörten der Ostblockgeschichte an: Der Ungarnaufstand von 1956, Alexander Dubcek und der Prager Frühling, der verfemte Chruschtschow und auch der 17. Juni – das waren Hoffnungszeichen. Und selbst Walter Ulbricht geriet durch seine bewusste Marginalisierung im Geschichtsbild der Honecker-Ära in ein eigenständiges Zwielicht von versteckter Sympathie in seiner Heimatstadt Leipzig. In meiner privaten Erfahrungswelt der achtziger Jahre kam der Name Adenauer also kaum vor, wenn doch, dann eher mit negativen Konnotationen. Aus dem Blickwinkel der Schule bezie-

hungswweise der zeitgeschichtlichen Literatur der DDR ergibt sich kein grundsätzlich anderes Bild. Im Geschichtslehrbuch von 1967 hatte Adenauer noch als Wortführer einer separatistischen Großbourgeoisie eine umfangreichere „Würdigung“ erfahren. Der Bankier Pferdmenges, „der bereits während des Faschismus an den Schalthebeln der Macht gesessen hatte“, und „Kriegsverbrecher wie Globke“ waren namentlich aufgeführt, die „Remilitarisierung“ der Bundesrepublik war in Details geschildert worden. Vor dem Hintergrund einer marxistischen Terminologie gesellschaftlicher Entwicklungsstadien hatte sich hier der auch andernorts von Ulbricht propagierte Zweikampf zwischen dem westlichen „Spalter“ Adenauer und dem östlichen „Kämpfer für die Einheit Deutschlands“ Ulbricht abgespielt. Insofern war die bundesrepublikanische Geschichte, wenn auch als Negativfolie, Teil des historischen Selbstverständnisses der DDR gewesen.

damnatio memoriae

In der Historiographie der Honecker-Ära ist zunächst von dieser „lebendigen“ Sicht der Dinge nicht viel übrig geblieben. Proportional zur Dezimierung der Erwähnungen Ulbrichts reduziert sich auch das über Adenauer vermittelte „Wissen“ erheblich. „Objektive“ Entwicklungen imperialistischer Restauration sind nun der Rahmen, in den sich einige aus dem Kontext gerissene Zitate, Fakten oder polemische Karikaturen einfügen. Nicht der Rückzug Adenauers von der politischen Bühne nach 1963 hatte dabei den Ausschlag für das gewandelte Bild gegeben sondern der innenpolitische Wechsel 1971 in der DDR. Den Kern dieses Konzeptionswandels sprach der führende Historiograph Heinz

Heitzer 1972 in einem programmatischen Aufsatz an: „Alle Untersuchungen über die Politik zur antifaschistisch-demokratischen Erneuerung Deutschlands, zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit auf demokratischer Grundlage müssen von den internationalen Erfordernissen und den internationalistischen Verpflichtungen der deutschen Arbeiterklasse ausgehen.“ Dieses Zurückdrängen der deutschen Frage in der Gesamtkonzeption korrespondierte der Reduktion der Gestalt Adenauers auf wenige formelle Kategorien, die ihn der Spaltung Deutschlands, der Herrschaft der Monopolbourgeoisie und der Remilitarisierung zuordnen. Nun ist betont worden, dass trotz aller Wandlungen des konkreten Erscheinungsbildes „Adenauer während der gesamten Zeit des Bestehens der DDR der personifizierte Exponent des Feindbildes“ gewesen sei. Das scheint mir nur partiell zuzutreffen. Unzweifelhaft blieben gewisse Floskeln erhalten, doch gerade der das Bild der fünfziger und teils noch der sechziger Jahre prägende Bezug zum „Faschismus“ wurde entschieden zurückgenommen. Ebenso darf man die Wirkung der quantitativen Reduktion nicht unterschätzen. War in der Frühphase der DDR hoch emotionalisiert ein personales Feindbild vermittelt worden, so verfiel Adenauer später (wie viele andere auch) einer *damnatio memoriae*. Noch meiner Generation ist in der Schule (die ich allerdings nur bis zur achten Klasse im „Sozialismus“ besuchte) kein irgendwie geartetes Bild vom ersten Kanzler vermittelt worden. Erinnern kann ich mich lediglich an einen Propagandafilm zur DDR-Gründung im Heimatkunde-Unterricht der vierten Klasse, der auch die „Bonner Separatisten“ in eine finstere Szenerie rückte, wobei das füllige Gesicht Ludwig Erhards allerdings mehr Aus-

strahlung entwickelte als der hagere Adenauer. Die Tatsache des quantitativen Rückganges der Information scheint mir also eine größere Bedeutung für das Adenauer-Bild gehabt zu haben, als ihr gemeinhin zugebilligt wird.

Dieser Befund ist allerdings für die letzten zwei bis drei Jahre der DDR-Existenz erneut infrage zu stellen. Es lässt sich nun eine gewisse Versachlichung der Bewertung in neuen wissenschaftlichen Publikationen beobachten. So gestehen die *Biographien zur Weltgeschichte* (1989) dem ehemals offen als Faschisten titulierten Bundeskanzler zu, „1934 und 1944 kurzzeitig inhaftiert“ gewesen zu sein. Und in Erich Nickels *BRD-Geschichte* (1988) erscheint Adenauer als die bei weitem überragende historische Persönlichkeit des anderen deutschen Staates. Die einstmal durch DDR-Propaganda gesteuerten Kampagnen gegen Hans Globke und Theodor Oberländer finden überhaupt keine Erwähnung mehr – hier ist der grundlegende Wandel gegenüber der Ulbricht-Zeit unübersehbar. Eine vollständig unpolémische Betrachtung Adenauers hätte der DDR nicht nur Legitimationsmittel entzogen, sie war auch nach den geschichtstheoretischen Maximen undenkbar. Desto aufmerksamer hat man auch leichte Veränderungen des Zungenschlages wahrgenommen.

Skepsis gegen Leitbilder

Szenenwechsel: Elf Jahre nach den großen Freiheitsdemonstrationen in meiner Heimatstadt Leipzig, zehn Jahre nach der Wiedervereinigung herrscht auch in Ostdeutschland, global gesehen, bundesdeutsche Normalität. Es ist dies die Normalität einer auf den Wertmaßstäben des Grundgesetzes und damit nicht unwesentlich auf

den Wertvorstellungen von Konrad Adenauer beruhenden Demokratie. Sie kann – entgegen manchen Unkenrufen – als auch im Osten innerlich gefestigt gelten, zumal man hier die Demokratie, und zwar mit demokratischen Mitteln, selbst erkämpft hat. Aber gerade dieses Selbst-Bewusstsein ist es auch, das Versuchen einer rein bundesrepublikanischen Identitätsstiftung kritisch gegenübertritt; es kann den Ostdeutschen die Bewahrung ihrer spezifischen historischen Prägung erleichtern, um diese in das gemeinsame Vaterland einzubringen. Was hat das mit der Sicht auf Adenauer zu tun?

Der erste Bundeskanzler ist zweifellos die entscheidende Gründerfigur der Bundesrepublik, vielleicht ihr überhaupt bedeutendster Politiker. Aber sein Wirken fällt in die Phase realer, wenn auch von ihm nie anerkannter deutscher Zweistaatlichkeit; und so ist ihm das historische Schicksal bestimmt gewesen, trotz seines konsequenten, ja oftmals intransigenten Eintretens für die deutsche Einheit nur für den westlichen Teil Deutschlands wirklich zu einer Vaterfigur geworden zu sein. So wird auch für mich als Vertreter der in den achtziger Jahren in der DDR aufgewachsenen Generation das Verhältnis zu Adenauer distanziert bleiben. Das lässt sich nicht auf die DDR-Propaganda, auch nicht allein auf die gezielte Marginalisierung seiner Person im Geschichtsbild zurückführen. Es ist wohl eher eine substanzelle Skepsis gegenüber historischen Leitbildern überhaupt, die eine sich historisch legitimierende Ideologie hinterlassen hat, und zwar bei weitem nicht erst seit ihrem Zusammenbruch. Auch auf dem Gymnasium, das ich seit 1990 besuchte, spielte die bundesdeutsche Geschichte zwar eine wichtige Rolle, es blieb aber bei einer sachlich-neutralen Behand-

lung, was ich als wohltuend empfand. Diese ostdeutsche Unfähigkeit zur Identifikation mit Adenauer und dem politischen Geschehen der frühen Bonner Jahre bringt auch einen entscheidenden Vorteil mit sich: die Möglichkeit einer unbefangenen Annäherung an das historische Phänomen Adenauer.

Vor diesem Hintergrund verstehen sich die folgenden Beobachtungen als Fragmente eines momentanen Bildes. Es ist das große Verdienst der nicht nur politischen Biografie Konrad Adenauers von Hans-Peter Schwarz, gerade auch die familiären und milieurbedingten Voraussetzungen seiner ethischen und politischen Orientierung herausgearbeitet zu haben. Auch der Nachkriegspolitiker Adenauer, immerhin ein Mann von etwa siebzig Jahren und dagefestigten Anschauungen, muss vor diesen Hintergründen gesehen werden, denn man wird ihm unbedingt zubilligen müssen, auch im Politischen ein Mann von Prinzipien gewesen zu sein. Dabei kondensiert sich das christlich-abendländische Menschenbild in der berühmten Kölner Grundsatzrede vom 24. März 1946 zum Doppelbegriff von Freiheit und Verantwortung: „Freiheit der Person ist nicht Schrankenlosigkeit und Willkür, sie verpflichtet jeden, beim Gebrauche seiner Freiheit immer eingedenk zu sein der Verantwortung, die jeder Einzelne für seine Mitmenschen und für das ganze Volk trägt.“ Zugleich ist Freiheit gerade der Ausdruck der Würde des Individuums, dem künftig der klare Vorrang gegenüber der staatlichen Gewalt zukommen solle. Folglich sieht Adenauer nur in einer Demokratie nach den Grundsätzen christlicher Ethik eine Möglichkeit, die nach der totalen Niederlage für den „Wiederaufstieg“ des deutschen Volkes notwendige geistige Umerziehung zu vollbringen.

Verblassendes Feindbild

Ähnlich scharf ist von Anfang an das Gegenbild zu dieser Konzeption bestimmt: „Die materialistische Weltanschauung hat zwangsläufig zu einer weiteren Überhöhung des Staats- und Machtbegriffs, zur Minderbewertung der ethischen Werte und der Würde des einzelnen Menschen geführt.“ Sozialismus und Nationalsozialismus seien aus der gleichen materialistischen Wurzel erwachsen. Mehrere Grundüberzeugungen sind hier in ein streng dualistisches Weltbild verwoben, die materialistischen Triebkräfte der Freiheit im Bereich der Wirtschaft fasst Adenauer ebenso wenig ins Auge wie die ideellen und durchaus an der Würde des Menschen orientierten Zielsetzungen des sozialistischen Weges. Er verfestigt eine dichotomische Denkweise, die aus den Erfahrungen der Kölner wie der NS-Zeit verständlich erscheint. Für eine erfolgreiche Parteipolitik mochte diese klare Positionsbestimmung von Vorteil sein, aber sie zeigt auch die Grenzen der politischen Weltsicht des ersten Bundeskanzlers, Grenzen, wie sie auch für seine Gegner mit ähnlich intransigenten Positionen zu beobachten sind, Grenzen, die letztlich eine polarisierende Wirkung entfalteten.

Innerhalb dieser Grenzen jedoch scheint mir das leitende Konzept der Ära Adenauer ein integratives gewesen zu sein. Das gilt auf mehreren Ebenen und ist im Einzelnen auch nicht ohne politische Brisanz, die erzielte Gesamtwirkung eines stabilisierten, (kanzler-)demokratischen Staatswesens auf der Basis der Trümmergesellschaft erfordert allerdings hohe Anerkennung. Integration ist zunächst das Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Aus dem Prinzip von Freiheit und Verantwortung heraus galt es, eine marktwirtschaftliche Ordnung zu etablieren, welche auf schnellstem Wege die Not der Nachkriegsjahre überwinden und einen un-



Adenauer: „So bin ich und so bleibe ich...“

Zeichnung Berger

gezügelten Kapitalismus verhindern sollte. Wirtschaftliche Machtkonzentration lehnte Adenauer in offiziellen Verlautbarungen ebenso ab, wie er allen weit reichenden Sozialisierungsgedanken eine deutliche Absege erteilte. Auch wenn die Sozialgesetzgebung bedeutende Fortschritte erzielte, überwogen in Adenauers Wirtschaftspolitik insgesamt die restaurativen Tendenzen. So konservierte der beachtliche ökonomische Aufschwung einerseits die wirtschaftlichen Machtverhältnisse, schuf andererseits aber eine bisher beispiellose Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards, getreu dem Kanzler-Diktum: „Mäßiger Besitz möglichst vieler ist eine wesentliche Sicherung des demokratischen Staates.“ Paradoxerweise wurde gerade der Wohlstandsmaterialismus zum Signum der Ära Adenauer. Die zweite Integrationslinie von fundamentaler Bedeutung betraf die Frage von

Schuld und Vergebung nach dem NS-Terrorystem. An der scharfen Verurteilung der Verbrechen des Dritten Reiches durch Adenauer, an seiner inneren Betroffenheit, wie sie sich besonders deutlich in privaten Briefen äußert, kann nicht gezweifelt werden.

Schuld und Vergebung

Doch erreichen seine offiziellen Verlautbarungen zu diesem Thema eine für die Nachkriegszeit eher bescheidene rhetorische Kraft, und früh wird ein anderer Tenor daneben wahrnehmbar, wiederum in der Kölner Grundsatzrede: „Aber wir wollen nur den treffen, der wirklich schuldig ist; die Mitläufer, diejenigen, die nicht andere unterdrückten, die sich nicht bereichert haben, keine strafbaren Handlungen begangen haben, soll man endlich in Ruhe lassen. Sie selbst sollen Zurückhaltung üben, weil sie, wenn auch nur zu einem manchmal sehr kleinen Teil, mit Schuld tragen an dieser entsetzlichen Entwicklung.“ Adenauer bewegt sich mit dieser Forderung, streng genommen, auf dem Boden vernünftiger Gerechtigkeit, zugleich auch christlicher Vergebung gegenüber dem reumütigen Sünder, aber wie reumütig war die Nachkriegsgesellschaft tatsächlich? Adenauer selbst verstand es, einen neuen Patriotismus zu wecken, gepründet auf der Bewältigung des schweren Schicksals der Nachkriegsjahre. Konnte dies genügen, um wieder „stolz darauf zu sein, ein Deutscher zu sein“?

Zunächst hatte die Leitfigur der CDU erkannt, dass eine positive Orientierung in der verzweifelten Situation nach Kriegsende erforderlich war, nicht anders als es auch die politisch herrschenden Kräfte der sowjetischen Zone praktizierten. Und auf längere Sicht führte an einer Integration der frühe-

ren NSDAP-Anhänger kein Weg vorbei, wollte man eine stabile Demokratie errichten. Doch gerade diese Prioritäten erzeugten zusammen mit der ungenügenden Entnazifizierung durch die Alliierten und mit der politischen Belastung politischer, juristischer und militärischer Repräsentanten der neuen Republik die schwere Selbstvergewisserungskrise der Bundesrepublik in den sechziger Jahren, trugen zum entschiedenen Schlussstrich einer Generation unter die Ära Adenauer bei. In der SBZ/DDR erfolgte zwar sicher eine härtere Abrechnung mit dem alten System, aber hinter dem Legitimationsbegriff „Anti-Faschismus“ blieb der „deutsche Faschismus“ eine anonyme Größe, eine beinahe schicksalhafte Macht des Bösen. Auch Adenauer verstand es, seinen persönlichen „Anti-Nationalsozialismus“ für die Legitimation einer Bundesrepublik zu leihen, die ihre Vergangenheit zu guten Teilen nicht bewältigt hatte. Mir scheint, für Adenauer kam der politischen Demokratisierung der Primat zu, man braucht deshalb an seiner moralischen Haltung nicht zu zweifeln. Und es kam ihm sicher zugute, dass man es in Köln noch immer verstanden hatte, Konflikte zu entschärfen.

Neben dieser versöhnlichen Politik gegenüber den Mitläufern der NS-Zeit stand die in keiner Weise konziliante, von Hass und Verachtung geprägte Haltung gegenüber dem kommunistischen System. Natürlich handelte es sich um die dominante Konfliktlage seiner Amtszeit als Bundeskanzler, aber die Haltung ist älter und wohl aus verschiedenen Wurzeln erwachsen. Maß Adenauer stets einer christlich motivierten Sozialpolitik einen zentralen Rang in seiner politischen Gesamtkonzeption bei, so war seine Ablehnung der marxistischen Lehre vom Klassenkampf beinahe

eine Selbstverständlichkeit. Doch nicht allein der Kommunismus erscheint als Bedrohung. Daneben hatten sich bei ihm auch Vorstellungen von einer permanenten aggressiven Westpolitik Russlands, vielleicht noch aus Zeiten des Ersten Weltkrieges, tief eingeprägt. Und schließlich existiert jenes ominöse Diktum „Asien steht an der Elbe“ aus einem Brief vom März 1946 an William Sollmann, verbunden mit der Vorstellung von einem „geistigen Vordringen Asiens“. Dem stellt Adenauer den Geist Europas, das heißt des Abendlandes beziehungsweise des Westens gegenüber, zu dem er den westlichen Teil Deutschlands zugehörig sieht. Von der Überlegenheit dieses europäischen Geistes ist er überzeugt.

Grundsätzliches Misstrauen

Die Frontlinien verschwimmen also, benennen aber bereits die beiden großen politischen Ziele, an denen Adenauer stets kompromisslos festhalten sollte: die „Befreiung“ Ostdeutschlands vom Kommunismus als Voraussetzung der deutschen Einheit und die europäisch-westliche Integration der Bundesrepublik. Beide Fragen stehen unter einem politischen Junktim, in welches sich auch die Rüstungs- und Abrüstungsmaßnahmen im globalen Maßstab einfügen. Adenauer blieb beherrscht von einem grundsätzlichen Misstrauen, auch dem eigenen Lager gegenüber, dass etwa die alliierten Westmächte die deutsche Frage zur Verhandlungsmasse machen könnten. Gleichzeitig verstand er es, für die Bundesrepublik auf dem Wege der Europäischen Gemeinschaften und der NATO-Aufnahme bei den Partnern Vertrauen zu erwerben und die eigene Souveränität zu erlangen. Der Preis der Wiederbewaffnung bereitete ihm diesbezüglich keine Sorgen, hielt er

doch selbst die Demonstration militärischer Stärke gegenüber dem Osten für ein unbedingtes Erfordernis. Auch in dieser Frage war Adenauers Politik zukunftsorientiert, und er mag sich durch die Erfolge bestätigt gefühlt haben; sie offenbarte jedoch ein Defizit an Sensibilität gegenüber der Vergangenheit und trug dem von festen ethischen Grundsätzen geleiteten Kanzler den Ruf eines recht sorglosen Pragmatikers ein.

Den großen Erfolgen in der Politik der Westintegration, auch auf bilateraler Ebene in der deutsch-französischen Verständigung, steht jedoch eine letztlich ernüchternde Bilanz von Adenauers Deutschlandpolitik gegenüber. Es scheint mir grundsätzlich falsch zu sein, dies auf einen mangelnden Willen zur Einheit zurückzuführen, wie oft unterstellt worden ist. Im Gegenteil, mit aller Energie und den zur Verfügung stehenden Mitteln auch seines großen Ansehens wahrte er den Grundsatz der Offenhaltung der deutschen Frage. Doch ließen Bereiche der Deutschlandpolitik vielleicht das nötige Augenmaß vermissen.

Das gilt keinesfalls generell, gerade mit der „asiatischen“ Sowjetunion vermochte er sich zu arrangieren. Relevante Passagen der *Erinnerungen* zeigen eine durchaus differenzierte Sicht auf die Moskauer Akteure, auch wenn Adenauer die sowjetische Politik allein als Machtpolitik aufzufassen scheint. Und in den späten Jahren, ab 1958, lässt sich auch eine gewisse Flexibilität in der deutschen Frage erkennen. Doch zuvor vermisst man in der dogmatisch geprägten Deutschlandpolitik den für Adenauer sonst so charakteristischen Grundzug des Kompromisses ohne substanzielles Nachgeben, der Integration, des Auslotens von Lösungswegen. Das konsequente Ignorieren der Existenz einer anderen politischen Führung in Deutschland bot auf Dauer

keine Basis für eine Lösung der deutschen Frage, mit oder ohne Anerkennung der Staatlichkeit der DDR.

Adenauers Deutschlandpolitik, so scheint es mir, trug das Signum einer klaren, un-nachgiebigen Position. Es stand der Primat der Freiheit vor einem möglichst frühen Zeitpunkt (nicht der Tatsache) der Einheit. Doch die Übersteigerung seiner antikommunistischen Haltung zum Feindbild nahm demsonst so flexiblen Politiker hier die über lange Zeit wohl noch vorhandenen Handlungsspielräume. Dass er auch mit der Sowjetunion souveräne, erfolgreiche Verhandlungen zu führen verstand, zeigte sich besonders 1955; gegenüber der DDR war er jedoch zu keinem Ansatz in eine ähnliche Richtung bereit. Wenn seine Grundhaltung auch die Verwirklichung der Einheit 1990 in manchem vorbestimmt zu haben scheint, eine direkte Kontinuitätslinie lässt sich kaum ziehen. Zum Erfolg der Deutschlandpolitik bedurfte es unter anderem der vorsichtigen Annäherung, die später eine andere Bundesregierung auf den Weg bringen sollte.

Politisches Erbe

Das Gesagte oder auch nur Angedeutete sind Überlegungen, Ansätze. Wenn sie zum Teil kritische Akzente tragen, so ist das nicht als eine Infragestellung der historischen Leistungen des ersten Bundeskanzlers zu verstehen. Aber es versteht sich als Infragestellung von Teilen einer Adenauer-Historiographie, die, voll des Lobes und der Würdigung, sich gern der Frage nach den Bedingtheiten und Grenzen des politischen Handelns ihres Protagonisten entzieht. Als Beispiel sei nur Golo Manns wenig tiefsschürfendes Gesamturteil von 1976 zitiert: „Selten sind die Politiker historischen Namens, von

denen man im Guten so Reichliches, Sicheres, im Schlechten nur so Ungesichertes behaupten kann.“ Es geht der Geschichte nicht um „Gutes“ oder „Schlechtes“, jedenfalls in aller Regel. Es geht ihr um Erkenntnis des Wie und des Warum der Abläufe, und hier sind in jüngeren Werken und Arbeiten zum Thema bedeutende Einsichten gewonnen worden.

Gleichwohl hat der erste Kanzler nicht nur, aber insbesondere in Gestalt der von ihm geprägten CDU auch ein dauerhaft fortwirkendes politisches Erbe hinterlassen. Und diese Tradition ist Verpflichtung, weil viele Aspekte einer von Adenauer in der Umsetzung flexibel, in den Grundlagen aber unumstößlich gestalteten Politik auf christlicher Wertgrundlage auch heute nicht an Aktualität verloren haben. Das Prinzip individueller Freiheit, die unantastbare Menschenwürde, der soziale Grundzug christlicher Existenz: Diese Werte haben im Grundgesetz der Bundesrepublik ihre feste Verankerung gefunden. Gleichwohl scheint es heute zum Teil notwendig zu sein, sie erneut zu entdecken. Adenauer nachzuspüren heißt auch, sich diese Gedanken ins Bewusstsein zu rufen, gerade wenn man sich seiner Tradition verpflichtet weiß. Es heißt Tendenzen entgegenzutreten, die auf eine Umkehr des Verhältnisses abzielen: dogmatische Starrheit im politischen Tageskampf, aber zunehmende Flexibilität in den Leitvorstellungen christlich fundierter Politik, es sei denn, man wolle darauf künftig ganz verzichten. Dass aber christliche Grundhaltungen eine beeindruckende politische Wirkkraft entfalten können, hat sich, aus ganz anderer Wurzel erwachsen, nicht zuletzt in der friedlichen Revolution von 1989 gezeigt, als eine Vision Konrad Adenauers schließlich doch Realität geworden ist.